

Nr. 5.4.1.05

Schreiben Alexander Post an Wilhelm Marx (21.11.1925)

Brief

Bearbeitet von: Roman Köster

Fundort: Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, R 43, I/275 Bd. 35

Formalia:

Regest:

Alexander Post, Präsident der Hagener Industrie- und Handelskammer sowie Vorsitzender der Vereinigung von Industrie- und Handelskammern des südwestfälischen Industriebezirks (Altena, Arnsberg, Hagen, Iserlohn, Lüdenscheid und Siegen), die sich 1930 zu einer Kammer zusammenschließen sollten, äußert in diesem Brief an den Reichskanzler Wilhelm Marx seine drastisch formulierten Sorgen über Deutschlands Lage und Aussichten angesichts des sich anbahnenden deutsch-französischen Ausgleichs mit dem Vertrag von Locarno. Darüber wurde damals gerade in London verhandelt, wobei nicht zuletzt die Anerkennung der westlichen und östlichen Grenzen Deutschlands einen Streitpunkt darstellte. In dem Schreiben werden signifikante Forderungen artikuliert, was Deutschland mit diesem Vertrag erreichen solle. Es ist insgesamt ein Beispiel für die nationalistische Haltung vieler deutscher Wirtschaftsfunktionäre und Unternehmer. Doch selbst in diesen Kreisen wären manche Formulierungen möglicherweise als überspitzt und wenig realistisch wahrgenommen worden. Der Vertrag von Locarno (bzw. Verträge) wurde am 1. Dezember 1925 unterzeichnet.

Hagen (Westf.), den 21. November 1925

Herrn Reichskanzler des Deutschen Reichs Berlin.

Betrifft: Wirtschaftsgedanken zum Verträge von Locarno als Fortsetzung des Dawes-Abkommens.

Wenn wir als Vertreter des Wirtschaftslebens uns zum Verträge von Locarno äussern, so ist dies begründet in der schweren Wirtschaftskrise, die über ganz Deutschland durch alle Kreise hindurch zitternd hereingebrochen ist und weil wir befürchten müssen, von manchen Kreisen, die zur Zeit in Deutschland massgeblichen Einfluss ausüben, immer noch tiefer ins Elend geführt zu werden.¹

Wir fragen uns ein über das andere Mal, wann die widerspruchsvolle Wirtschaftspolitik ein Ende nimmt. Man hat aus der Wirtschaft im letzten Steuerjahr Milliarden Steuern mehr herausgepresst, als erforderlich waren und dies ist ziemlich genau derselbe Betrag, den die deutsche Wirtschaft an kurzfristigen Krediten aus dem Auslande hat hereinnehmen müssen, um aktionsfähig zu bleiben. Wäre also dieses unnötige Plus an Steuern nicht aus der deutschen Wirtschaft herausgepresst worden, so wäre dieses Anleihebedürfnis nicht erforderlich gewesen und die kolossalen Belastungen durch erdrückende Verzinsung und Amortisationen dieser Anleihe wäre der deutschen Wirtschaft erspart geblieben.² Es scheint, als wenn die massgebenden Regierungsleute unter der Suggestion stünden, dass das Dawes-Abkommen unter allen Umständen erfüllt werden und zu diesem Zwecke jeder Betrag aus der deutschen Wirtschaft herausgepresst werden müsste, obgleich viele weitsichtige Leute bei der Geburt des Dawes-Gutachtens bereits prophezeit haben, dass dies nicht zu erfüllen ist und dass unter seiner Wirkung, ähnlich wie man durch die grausame Hungerblockade[sic!] während des Krieges, die uns fast leiblichen Hungers sterben liess, jetzt unsere Volkswirtschaft total erstickt und erdrückt

1 Gemeint ist hier die sog. "Zwischen"- oder "Stabilisierungskrise", welche die deutsche Wirtschaft im Jahr 1925/26 erfasste.

2 Das gerade im Vergleich zur Vorkriegszeit hohe Zinsniveau während der Weimarer Republik war während der 1920er Jahre immer wieder Anlass zu Klagen und Kritik.

werden soll. Der Generalagent[2] für Reparationszahlungen soll sich ein Büro errichtet haben, mit ca 120 Leuten, das zu Lasten Deutschlands ungefähr M 400.000.- monatlich erfordert. Diese Herren überwachen nun alles, was bei uns vorgeht, den Reichshaushalt, die Eisenbahnen, die Gütertransporte, den Handel, die Warenpreise, die Arbeitslosigkeit u.a.m.. Der Generalagent soll auf Grund der zu viel herausgepressten Steuern, die als Steuern aus dem Einkommen bezeichnet werden, anstatt aus der Substanz, berichtet haben, dass das Wirtschaftsleben in Deutschland sich gut erhole und Fortschritte mache. Statt dessen hätte er, wie es der Wirklichkeit entspricht, berichten müssen, dass das deutsche Wirtschaftsleben schon im letzten Jahre in dem das Dawes-Abkommen ihm eine sogenannte Atempause zur Erholung und zur Ansammlung von Kapitalien gestatten sollte, bereits vollständig verarmt ist und vor dem vollständigen Zusammenbruch steht. Der Herr Generalagent für Reparationszahlungen hätte besser berichtet, dass die Voraussetzungen für die Durchführung vollständig fehlen. Die Zahlungen sollten aus den Erträgen eines wesentlich gesteigerten Ausfuhrhandels geleistet werden, während tatsächlich die gesamten Ausfuhrmärkte ständig darauf bedacht sind, durch Hochschutzzölle deutsche Waren auszuschliessen, so dass unser Ausfuhrhandel nicht allein nicht das Doppelte bis Dreifache des früheren Friedensexportes erreicht hat, was in der ganzen Welt als Voraussetzung für die Zahlungsmöglichkeit der Reparationslasten angesehen wurde, vielmehr auf die Hälfte (genau 51 %) des Vorkriegsexportes herabgesunken ist.

Wenn nun das Dawes-Gutachten von seinem Schöpfer erfunden ist, wie behauptet wird, um uns zu helfen, hat es vielleicht den Effekt gehabt, den[sic!] französischen Vernichtungswillen einen[3] partiell wirkenden kleinen, zeitlich etwas verzögernden Riegel vorzuschieben. Im übrigen zeigt sich aber, wie viele vorausgesagt haben, dass man den Teufel mit Belzebub austreiben will, indem die ganze deutsche Wirtschaft derart umfassend geknebelt wird, dass man die höchsten Kontributionen aus ihr herauspresst und das Betriebskapital rücksichtslos zerschlägt, d. h. indem die versprochene Hilfe in völlige Vernichtung umgekehrt ist.

Um die deutsche Währung zu halten, muss die Reichsbank eine Krediteinschränkung betreiben, die sowohl Industrie wie Landwirtschaft in eine schwere Krise gestürzt hat, so dass man kaum noch weiss, wem man überhaupt Waren auf Ziel liefern kann. Die vielen tausenden Existenzen, die sich in den Zwischenhandel und das Geschäftsleben hineingedrängt haben und die man als überflüssig herausdrängen wollte, werden kaum getroffen, weil sie sich zum grossen Teil aus abgebauten Beamten rekrutieren, die 80 % ihres früheren Gehaltes als Rückendeckung beziehen, wodurch sie stets genügend über Wasser gehalten werden.

Die Industrie hat 5 Milliarden Obligationen für die Dawes-Kasse auf sich nehmen müssen. Des weiteren wird die Produktion[sic!] verteuert durch hohe Verkehrstarife, über hohe Kreditzinsen und einen nicht tragbaren Steuerdruck. Hierdurch steigen die Produktions- und Absatzschwierigkeiten immer mehr, und es ist nicht allein jede Kapitalneubildung ausgeschlossen, im Gegenteil die Kapitalnot jetzt derart gross geworden, dass selbst notwendige Reparaturen oder gar selbst kleinere Betriebsverbesserungen nicht gemacht werden können. Naturgemäss können so die Betriebe technisch nicht in dem unbedingt notwendigen Masse auf der Höhe gehalten werden, so dass unser Produktionsapparat ständig hinter dem des Auslandes zurückbleiben muss, wodurch die deutsche Warenausfuhr zum ständigen Absinken verurteilt ist und die erschrecken-[4]de Passivität[sic!] unserer Handelsbilanz in Permanenz erklärt wird. Das Dawes-Abkommen erlaubt uns weiter, hohe Auslandskredite zu nehmen, scheinbar um uns zu helfen, in Wirklichkeit, um uns durch die hohe Zinsen- und Amortisationslast derartig wirtschaftlich zu versklaven, dass wir überhaupt zu einer Erholung und zu einem Freiwerden nicht mehr kommen.

All diese Verhältnisse kennen die an uns grenzenden Westmächte ebenso genau, ja besser wie wir, sie reiben sich deshalb wahrscheinlich vergnügt die Hände, ohne sich zu vergegenwärtigen, dass ihnen die Nackenschläge aus diesen Verhältnissen nicht erspart bleiben werden. Der wahre Effekt wird sein, dass wir auf diese Weise in neue, tiefgehende soziale Kämpfe verwickelt werden, die vielleicht dazu führen, uns dem Bolschewismus auszuliefern, der schon an unseren östlichen Toren von Russland her gierig Einlass begehrt. Hier ist der Punkt, wo unsere westlichen Nachbarn tödlich[sic!] verwundbar sind und das wissen sie und fürchten dies auch. Hier müssen unsere Unterhändler mit aller Gewalt bei den bevorstehenden Londoner Verhandlungen über den Locarno-Vertrag dahinterfassen, um uns offen und ganz von der Schuldflüge, die als solche auch von französischen, englischen, amerikanischen Wahrheitsforschern erkannt und gekennzeichnet ist, so dass man tatsächlich schon von einer Flucht vor der Wahrheit sprechen kann, zu befreien. Ebenso muss durch Ausräumung der Koloniallüge eine Zurückgabe der Mandate über die deutschen Kolonien seitens der uns feindlichen Mächte erfolgen, so dass Deutschland wieder seine volle Herrschaft über seine Kolonien erhält

und so ein Teil unseres Bevölkerungsüberschusses zu unserer durchaus notwendig werdenden wirtschaftlichen Erleichterung dorthin übersiedeln kann. Französische Stimmen haben unumwunden ausgesprochen, entweder müssen 20 Millionen aus Deutschland auswandern oder es wird zum Revanche-[5]krieg getrieben. Ferner muss paragraphiert werden die Revidierung des Dawes-Abkommens, Reduzierung der Reparationszahlungen auf tragbare Höhe, Berichtigung unserer Ostgrenzen auf Grund der durch Selbstbestimmungsrecht der Völker abzuhaltenden Volksabstimmung, Räumung der Rheinlande und aller deutschen Gebiete von fremdländischen Truppen, Abrüstung aller Nationen und in allen Punkten klare, ganz bestimmte Ausdrucksweise des Vertrages von Locarno als Friedens- und Versöhnungspakt, damit unter anderem Frankreich in keinem Falle die Möglichkeit gegeben wird, seinen Bundesgenossen Polen etc. bei irgend welchen Konflikten unter Benutzung des Landweges, zur Hilfe zu kommen. Anderenfalls würde der Vertrag von Locarno das famose Dawes-Abkommen, welches uns wirtschaftlich bis auf den letzten Pfennig fesselt, noch krönen, indem es uns politisch und geographisch unerträgliche Fesseln auferlegt, um uns dauernd in unserer Verstümmelung zu halten, wie die französischen und englischen Auslegungen klar erkennen lassen. Locarno kann nur der Wendepunkt in der Kriegsgeschichte sein, wenn dem französischen Macht- und Vernichtungswillen die Betätigung abgegraben wird, der es verstanden hat, die britische Diplomatie mit Hilfe des stark französisch eingestellten englischen Aussenministers Chamberlain fast auf Gedeih und Verderben an sich zu fesseln.³ Die unklare Ausdrucksweise unserer Feinde, die immer noch alle Möglichkeiten offen lässt, uns zu quälen, muss durch klare unzweideutige Paragraphen ersetzt werden, die dem wiedererwachenden Recht die Bahn ohne irgend welches Hindernis frei gibt. Erst dann werden wir auch anerkennen, dass der Vogel, den man in Locarno hat aufsteigen lassen, nicht als Stossvogel auf uns niedersaust, sondern als Friedenstaube mit dem Oelzweig im Schnabel, die wir gerne bei uns aufnehmen und hegen und pflegen werden. Wir wünschen unseren Unterhändlern, die nach London reisen, dass sie[6] ein glückhaftes Schiff besteigen mögen, dass sie von göttlichem Mute beseelt in intensivster Tatkraft arbeiten und sich nicht durch gleissnerische Phrasen und suggestive Beeinflussungen ihren klaren Blick und bestimmte Zielrichtung nehmen lassen. Dann dürfte Ihnen das grosse gute, für ganz Europa Frieden verheissende Werk gelingen, so dass bei ihrer Rückkehr von London nicht nur die französischen, englischen und polnischen Staatsmänner sie loben, sondern das ganze deutsche Volk und alle Menschen in der Welt, die guten Willens sind und wünschen, dass statt drohender Kriegsgefahr und statt Kultur vernichtender sozialer Kämpfe wieder wirklicher Frieden und allgemein segensreiche Tätigkeit Platz greifen.

Alexander Post

Der Vorsitzende der Vereinigung von Industrie und Handelskammern des südwestf. Industriebezirks.

3 Tatsächlich war zu diesem Zeitpunkt der französisch-britische Gegensatz bereits zu einem bestimmenden Merkmal der europäischen Diplomatie geworden. *Boyce, Interwar Crisis*, 119–134.